

Abg. Tendler erklärte, die Gemeinde Swisttal bemühe sich seit Jahren um diese Ortsumgehung. Inzwischen seien auch unterschiedliche Varianten entwickelt worden. Welche Variante letztlich umgesetzt werde, bleibe abzuwarten. Ziel der beantragten Resolution sei es, das Projekt selbst noch einmal durch ein klares öffentliches Bekenntnis des Kreisausschusses in Erinnerung zu rufen. Er bitte um Unterstützung des Antrages.

Abg. Metz äußerte, nach längeren Beratungen sei ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Anmeldung im Bundesverkehrswegeplan beschlossen worden. Hierzu gehöre auch die Ortsumgehung Swisttal-Miel. Alle Beteiligten - auch die ortsansässige Bürgerinitiative - sprechen sich für eine Ortsumgehung aus. Diskussion gebe es nur noch zur Linienvariante. Der Landesbetrieb Straßen.NRW habe sich auf eine Variante festgelegt, die von der Bürgerinitiative nicht präferiert werde. Zum aktuellen Planungsstand und ob dieser ggf. noch einmal geändert werden könne, gebe es zurzeit keinen neuen Sachstand. Ein erneuter Beschluss zur Ortsumgehung allgemein sei aus heutiger Sicht nicht nötig. Wenn man sich noch einmal mit den Details befassen wolle, dann sei es sinnvoll, die Entscheidung über den Antrag zu vertagen. Die Verwaltung könne eine Vorlage mit dem neuesten Planungsstand und weiteren Einzelheiten vorbereiten. Anschließend könne dann im Ausschuss entschieden werden, ob man ein Gespräch mit der Bürgerinitiative und ggf. weiteren Akteuren führen wolle und ob sich noch weiterer Handlungsbedarf ergebe.

In diesem Zusammenhang wies der Vorsitzende darauf hin, dass er - insbesondere wegen der noch anstehenden Entscheidungen zum Nahverkehrsplan - vor der Sommerpause, im Juli, noch eine weitere Ausschuss-Sitzung geplant habe. Die Einzelheiten werde er unter TOP 9.7 „Aktuelle Mitteilungen“ bekannt geben.

Abg. Dr. Kuhlmann schloss sich den Ausführungen des Abg. Metz an. Es gebe vor Ort noch erhebliche Vorbehalte gegen die geplante Linienführung. Die Bürgerinitiative habe sich gegen die Variante 3 ausgesprochen und bevorzuge die weiträumigere Ortsumgehung (Variante 1). Nach seiner Auffassung sollten die Möglichkeiten vor Ort noch einmal geprüft und die Argumente der Bürgerinitiative angehört werden.

Abg. Bausch verwies auf die bereits im Kreisausschuss geführte Diskussion. Er halte es ebenfalls für richtig, vor einer Entscheidung mit der Bürgerinitiative Kontakt aufzunehmen. Sinnvoll sei sicherlich, wenn sich die jeweiligen Fachleute aus dem Planungs- und Verkehrsausschuss die Situation vor Ort ansehen und hierbei auch die anderen Akteure (Landesbetrieb Straßen, Gemeinde Swisttal) zu Wort kommen lassen. Das Ergebnis könne allen Ausschuss-Mitgliedern in der angekündigten Juli-Sitzung vorgestellt und anschließend eine Entscheidung getroffen werden.

Abg. Tendler erklärte sein Einverständnis zu der vorgeschlagenen Vorgehensweise.

Abg. Nöthen äußerte die Bitte, im Juli auch die Auffassung der Gemeinde Swisttal vorzustellen. Darüber hinaus interessiere ihn, welche Absichten das Autobahnamt mit der Erneuerung der zwei Auffahrten zur A 61 verbunden habe.

Der Vorsitzende schlug vor, die Verwaltung solle einen Gesprächstermin mit der Bürgerinitiative, den verkehrspolitischen Sprechern, dem Landesbetrieb Straßen und der Gemeinde Swisttal organisieren. Anschließend könne das Thema in der Juli-Ausschuss-Sitzung erneut beraten werden.